

+++ Vorab-Presse-Mitteilung+++

Berliner Landeskriminalamt lässt Wandbild zum zehnten Jahrestag des NSU-Nagelbombenanschlages in Köln zerstören

Kurz nachdem das lang geplante Wandbild heute Vormittag angebracht wurde, trafen Berliner Polizisten mit mehreren Mannschaftswagen und Gefangenentransporter an der Manteuffelstraße/ Ecke Oranienstraße ein und nahmen die Personalien aller dort Anwesenden (auch Passanten) auf. Begründung: Der Satz „Staats & Nazis Hand in Hand“ sei eine strafbare Verunglimpfung des Staates.

Mit großem Aufgebot und Einsatz einer Feuerwehrehleiter wurde der Satz aus dem Wandbild herausgerissen. Eine ausführliche Pressemitteilung zu diesem Vorfall folgt.

+++Druckfähiges Fotomaterial auf Anfrage vorhanden+++





Unsere ursprüngliche Pressemitteilung:

Wandbild „Terroranschlag auf die Keupstraße“

Seit heute hängt an einer Wand des Hauses Manteuffelstraße /Ecke Oranienstraße ein 3x6m großes Wandbild, weithin sichtbar über die gesamte Kreuzung am Görlitzer Bahnhof. Zu sehen: ein Straßenschild mit der Aufschrift „Keupstr.“, daran angelehnt ein Fahrrad. Als Überschrift „9.6.2004 – Terroranschlag“. Mit dem Bild erinnern wir an den Nagelbombenanschlag des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) auf die Kölner Keupstraße vor zehn Jahren.

Am Nachmittag des 9. Juni 2004 explodierte in der stark belebten Straße eine Bombe, gefüllt mit über 5 kg Sprengstoff und 800 Zimmermannsnägeln, die auf einem Fahrrad deponiert war. Sie sollte in der hauptsächlich von Menschen mit Migrationsgeschichte aus der Türkei bewohnten Straße ein brutales Blutbad anrichten. Nur durch Glück starb niemand. Mehr als 22 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Die Keupstraße ist weit über Köln hinaus als ein Zentrum des migrantischen Geschäftslebens bekannt. So war für die Anwohner_innen und die Geschäftstreibenden sofort klar: Das war ein gezielt rassistischer Terroranschlag. Die Ermittlungsbehörden schlossen jedoch noch am selben Tag (!) einen rechtsterroristischen Hintergrund aus und verdächtigten die Anwohner_innen. Statt die Betroffenen zu unterstützen und ihre Beobachtungen wahrzunehmen, überzogen sie sie mit einem jahrelangen Ermittlungsterror: sie kriminalisierten sie, spähnten sie mit verdeckten Ermittlern aus, drangsalierten sie durch permanente Verhöre, säten Misstrauen innerhalb der Straßengemeinschaft und ignorierten Parallelen zu anderen faschistischen Anschlägen. Noch nachträglich rechtfertigte ein Vertreter der Ermittlungsbehörden vor dem NSU-Untersuchungsausschuß das konsequente Weigern, in Richtung rechter Szene und rassistischem Tatmotiv zu ermitteln, mit der Begründung, dass Nazis nicht Fahrrad führen. Das konsequente Leugnen der Tatherkunft trug dazu bei, dass der NSU immer weiter unbehelligt morden konnte.

Daran soll das Wandbild erinnern.

Wir wollen und werden nach den Gewalttaten, den Morden und der Selbstenttarnung des NSU nicht zum Alltag übergehen. In Öffentlichkeit, Medien und Politik wird zunehmend der

Eindruck erweckt, das Thema sei mit dem derzeit in München stattfindenden Strafprozess 'erledigt.' Für uns ist das unfassbar und unerträglich.

Wir sind ein Zusammenschluss von Berliner Initiativen und Einzelpersonen, der in unterschiedlichen Formen die Erinnerung an die Opfer lebendig zu halten versucht. Wir erkennen nach wie vor keine konsequente gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus, der für die Verbrechen des NSU mitverantwortlich ist. Wir erkennen weiterhin nicht, dass aus den offensichtlichen Verstrickungen der Ermittlungsbehörden, Verfassungsschutzämter und Polizeistrukturen mit der rechten Szene Konsequenzen gezogen wurden. Mit dem großformatigen Wandbild benennen wir öffentlich diese skandalösen Missstände und bringen unsere Wut zum Ausdruck.

Wir beobachten besorgt, wie sich im Strafprozess in München die respektlose Behandlung der Betroffenen fortschreibt. Mit dem Bemühen um Aufklärung wird die Nebenklage allein gelassen. Um diesen Prozess kritisch zu reflektieren, laden wir am 10. Juni ein zu der Diskussionsveranstaltung „Ein Jahr NSU-Prozess – eine Bilanz“ im Ballhaus Naunynstraße in Berlin, unter anderem mit einem Vertreter der Kölner Initiative „Keupstraße ist überall“. Die Anschläge des NSU richten sich gegen alle, die eine offene Gesellschaft wollen. Deshalb fordern wir:

Einen respektvollen Umgang mit allen von den Anschlägen Betroffenen und ein würdevolles Gedenken an alle vom rechten Terror Ermordeten!

Eine umfassende Aufarbeitung von Nazi-Strukturen und behördlichen Verstrickungen!

Eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit rassistischen Institutionen und Strukturen!

Und wir fordern alle auf, gegen die rassistische Spaltung der Gesellschaft aktiv vorzugehen!

Allmende e.V.
Bündnis gegen Rassismus

Kontakt: bundgrass@yahoo.de
buendnisgegenrassismus.org